DIE LINKE. / BfBB
STADTRATSFRAKTION BERGISCH GLADBACH

Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: 02204.609312
Mobil: 0172.2410212
Fax: 02204.609313
info@linksfraktion-GL.de
www.linksfraktion-GL.de

15. März 2011

- Eingegangen -
15. März 2011
1-15

An den Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Lutz Urbach
Rathaus Bergisch Gladbach
51469 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 14.3.2011

Sehr geehrter Herr Urbach,
hiermit beantragen wir, in die 'Tagesordnung für die Ratssitzung am 29.03.2011 den Punkt „Erstattung des Landes für von den Kommunen zuviel gezahlten Wohngeldern" und machen hierfür folgenden

Beschlussvorschlag:
Der Rheinisch-Bergische Kreis wird aufgefordert, den vollen Erstattungsbetrag an die Gemeinden weiter zu leiten. Der Bürgermeister erhält den Auftrag, sich mit seinen Kollegen zu besprechen, damit ein gemeinsames Vorgehen erreicht wird.

Begründung: Mit der Überschrift „Kreis wird wieder schuldenfrei" berichtete die Presse über die Rückzahlung des Landes von 25,8 Mio. € an unseren Kreis, weil dieser unmittelbar und die kreisangehörigen Gemeinden mittelbar durch die Kreisumlage mit Wohngeldern zu hoch belastet wurden.

8,7 Mio. €, das ist rund ein Drittel, wollen CDU und FDP davon an die Gemeinden „weiterleiten".

Die Kreise verwalten ihr Gebiet zum Besten der kreisangehörigen Gemeinden und ihrer Einwohner nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung. So umschreibt die Kreisordnung das Wesen der Kreise. Damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, erheben die Kreise von den kreisangehörigen Gemeinden eine Umlage, soweit die sonstigen Erträge eines Kreises die entstehenden Aufwendungen nicht decken (§ 56 (I) KrO).

Demzufolge waren im Ergebnis die Umlagen der Gemeinden in den vergangenen Jahren insgesamt um den Betrag zu hoch, den das Land jetzt erstattet.

Wir sind der Ansicht, dass die Gemeinden sich nicht mit dem Vorschlag von CDU und FDP begnügen dürfen, vom Kreis nur ein Drittel der Erstattungssumme zu erhalten. Die Stadt Bergisch Gladbach trägt nach den Angaben im Zeitungsbericht 42 % der jährlich im Kreis erhobene Umlage. Sie soll nun mit 3,666 Mio. € abgespeist werden, obwohl davon auszugehen ist, dass sie beim Wohngeld mit 11 Mio. € zusätzlich belastet wurde.

Alle Kreistagsmitglieder müssen sich daran erinnern, dass sie in den Gemeinden als Kandidaten aufgestellt werden und verpflichtet sind, zum Besten ihrer Gemeinden ehrenamtlich tätig zu sein. Die äußerst geringen Schulden des Kreises von 17,1 Mio. € sollten sie mit den Schulden ihrer Gemeinde vergleichen und sich zusätzliche fragen, ob die Umlagen der Vergangenheit nicht immer zu hoch gewesen sind.

Wir appellieren an alle Parteien und Wählergemeinschaften, unsere Forderung zu unterstützen.

Tomás M. Santillán
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB

Heinz Lang
Stellv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB